

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 44 (1968-1969)
Heft: 5

Artikel: Blick durch die Wirtschaft
Autor: Abt, Herbert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu wenig politisches Bemühen in den Reihen der Wirtschaft

Die Zeiten, da Wirtschaft und Staat einander geradezu feindlich gegenüber standen, sind längst vorbei. Die Einsicht hat sich Durchbruch verschafft, daß Staat und Wirtschaft aufeinander gegenseitig angewiesen sind und auf vielen Gebieten das Allgemeininteresse der Bevölkerung eine Zusammenarbeit zwischen den beiden erheischt. Dennoch üben Staat und Wirtschaft aneinander vielfach eine Art Kritik, die der Zusammenarbeit nicht gerade förderlich ist. Worauf ist diese Haltung zurückzuführen?

Bundesräte erhalten Zeugnisnoten

Kürzlich ersuchte eine Wirtschafts-Zeitschrift ihre Leser, unseren Bundesräten Zeugnisnoten zu erteilen. Etwa 200 Leser haben der Versuchung nachgegeben. Wenn schon Schulkinder davon träumen, ihren Lehrern Noten zu setzen, warum sollten nicht auch Erwachsene sich den Spaß leisten?

Das Interesse an dieser Rundfrage war allerdings mäßig. Viele haben sich wohl mit Recht gesagt, sie seien nicht in der Lage, die Tätigkeit der einzelnen Mitglieder unserer Landesregierung zu beurteilen. Die Antwortenden kannten in der Regel sowohl die Prüflinge als auch den Prüfungsstoff eher noch weniger. So kann denn die objektive Aussagekraft der Antworten nicht hoch eingeschätzt werden. Aber als Stimmungsreaktionen sind diese doch interessant.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) hat von allen Bundesräten die höchste Zahl an schlechten Noten erhalten, und sein Notendurchschnitt ist der zweitschlechteste. Dabei wird das besagte Blatt anscheinend von führenden Leuten der Wirtschaft gelesen. Indes zeigt die sich auch in vereinzelt abgedruckten Kommentaren äussernde Kritik, daß die Zensoren von der schweizerischen Wirtschaftspolitik offensichtlich eine ganz ungenügende Vorstellung haben. Da wird

von Konsumentenseite unserem Wirtschaftsminister die Landwirtschaftspolitik angekreidet, während ein Landwirt fragt, ob Herr Schaffner in den Verwaltungsrat der BBC oder gar – der Migros überzutreten gedenke. Ein Bauunternehmer kreidet ihm die Politik zur Bekämpfung der Teuerung an.

Von einer Minderheit der Antwortenden wird dagegen anerkannt, der vielgeschmähte Vorsteher des EVD habe «unsere Konjunktur besser durchgeschleust als die übrigen Regierungen des Westens» und er sei nicht so schlecht, wie über ihn geurteilt werde. Das Volk habe ihm ja die Gesetze diktiert, zum Beispiel das Landwirtschaftsgesetz.

Kein Mensch ist unfehlbar. Zudem richtet sich die Wirtschaftspolitik unseres Landes in der Tat nach Verfassung und Gesetz und wird durch Volksabstimmungen, Parlamentsentscheide und Beschlüsse des Gesamtbundesrats, aber auch durch die Wirtschaft selbst maßgebend bestimmt. Dem Vorsteher des EVD obliegt die wohl schwierigste Aufgabe der eidgenössischen Politik: in diesem Rahmen eine Unmenge widersprüchlichster Interessen und Konflikte nach Maßgabe des Landesinteresses und nach bestem Wissen auszugleichen. Welche Seufzer haben nicht Schaffners Vorgänger über die schwere Bürde ausgestoßen! Das EVD und sein Vorsteher waren eh und je ganz besonders der Kritik ausgesetzt. Man lese nur in den Protokollen der eidgenössischen Räte die Volkswirtschaftsdebatten in der Aera des nachträglich mit Recht viel gerühmten Bundesrat Stampfli nach!

Kritik in unserer Demokratie

Sachliche Kritik ist vollauf berechtigt, ja notwendig, ein wichtiges Kontrollinstrument gegen Übergriffe jeglicher Art.

Auch wenn etwa Unternehmer, die zu hohe Kapitalien in Maschinen einsetzten, von denen sie bei kühler



Überlegung voraussehen mußten, daß sie auf die Dauer nicht voll ausgenutzt werden könnten, oder wenn andere, die im Taumel der Überbeschäftigung Gewinnmargen unverhältnismäßig erhöhten, über die Eingriffe des Bundes zur Dämpfung der galoppierenden Teuerung erbost sind, so braucht sich darüber niemand aufzuregen. Solche Reaktionen beweisen ja nur die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen.

Nun zeigt sich aber nicht nur in der erwähnten Rundfrage, sondern auch in vielen Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit und im Gespräch, daß einerseits führende Leute aus der Wirtschaft, andererseits allzu viele Konsumenten über die wirklichen Verhältnisse nicht genügend im Bild sind. Und wenn diese Leute erst noch über unsere Behörden herfallen, dann weist das darauf hin, daß in unserer Referendumsdemokratie etwas nicht stimmt.

Ungerechtes Kesseltreiben

Wie war es doch mit der Teuerungsbekämpfung? 1962 hatten die Spitzenverbände der Wirtschaft Richtlinien für ein freiwilliges Maßhalten in der Ausnützung der Konjunktur vereinbart. Dem haben sich eine ganze Reihe von Firmen in den verschiedensten Branchen freiwillig unterworfen. Am geschlossensten war die Mitwirkung der Maschinen- und Metallindustrie.

Bald aber zeigte sich, daß nur eine Minderheit mitmachte. Wollte man nicht riskieren, der galoppierenden Inflation zum Schaden des ganzen

Zu wenig politisches Bemühen

Organismus unserer Wirtschaft und der Konsumenten freien Lauf zu lassen, so mußte etwas geschehen. In Anlehnung an die freiwilligen Richtlinien aus der Wirtschaft wurden hierauf gemäß Antrag des Bundesrates die befristeten Dringlichkeitsbeschlüsse durch die Bundesversammlung beschlossen und in der Volksabstimmung vom 28. Februar 1965 gutgeheißen. Sie sind mittlerweile längst aufgehoben.

Mag auch die weitere Entwicklung nicht allein auf diese maßvollen Dämpfungsmaßnahmen zurückzuführen sein, so ist es doch gelungen, die Teuerung mit Hilfe der beiden Konjunkturbeschlüsse zu bremsen und auf dem mit vielen Problemen belasteten Arbeitsmarkt eine gewisse Beruhigung herbeizuführen. Das Kesseltreiben, das hierauf gewisse Interes-

sengruppen, darunter auch einzelne Großorganisationen, gegen den Vorsteher des EVD und gegen die Landesregierung entfesselt haben, war und ist sachlich ungerechtfertigt und dem Volk gegenüber unverantwortlich, weil die wirkliche Lage ins Gegenteil verdreht wird. Dadurch wurden und werden viele Stimmberechtigte, darunter auch führende Leute der Wirtschaft, irregeführt.

Berufen: Unternehmer und Hausfrauen

Auch Einzel- und Gruppeninteressen sind berechtigt. Man mag seinen Unmut bezeugen, wenn Interessen entgegengesetzter Art sich gegen einen auswirken. Aber alle diese Interessen müssen ihre Schranke am Gesamtinteresse unseres Volkes finden.

Die Vertreter der Wirtschaft, denen leitende Funktionen anvertraut worden sind, aber auch die Konsumenten, und unter ihnen namentlich unsere Frauen, die ja den größten Teil aller Haushaltsbudgets verwalten, können auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen einen bedeutenden Einfluß ausüben. Sollten sie alle, ob Unternehmer, Wirtschaftsführer oder Hausfrau, sich nicht eher sachlich und von mehreren Seiten über die Wirklichkeit orientieren, als sich durch Schlagworte verwirren zu lassen und am Ende als die Getriebenen am Kesseltreiben teilzunehmen?

Über unsere vier Wände hinausschauen!

In seiner letzten Dezemberausgabe hat der Schweizer Spiegel den Bericht eines slowakischen Technikers veröffentlicht. Darin steht: «Nach der Befreiung von 1944/45 wollte meine Generation vor allem einmal leben, heiraten, Kinder kriegen, beruflich vorwärts kommen. Die meisten kümmerten sich kaum um Politik. Wir spürten nicht, was auf uns zukam, und so konnten 1948 die Kommunisten, obwohl eine Minderheit, die Macht ergreifen. Dann ging es unglaublich rasch bergab. 1950 wurde bereits un-

sere ganze Industrie gleichgeschaltet. Man brauchte nur etwas dagegen zu sagen, schon war man im Loch.»

Was unserer Wirtschaft heute am meisten schadet, sind nicht die Politik und die viel gelästerten Politiker. Es ist der Mangel an Politik – dem wirksamsten Mittel gegen staatliche Übergriffe – in den eigenen Reihen. Der Unternehmer, der seine Firma wirklich führen will, sollte sich bei aller technischen und kommerziellen Fähigkeit auch mit den entscheidenden Fragen der Politik auseinandersetzen. Als ein Mann, dem die Führung vieler Menschen anvertraut ist, muß er staatsmännische Eigenschaften besitzen. Er soll gewiß die Interessen seiner Firma wahren und sie zum wirtschaftlichen Erfolg führen. Sein Erfolg hängt aber nicht nur von einer gesunden Bilanz und einem schönen Reingewinn ab. Er soll über die Fabrikmauer hinaussehen, die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und dort, wo es das Gesamtinteresse der Wirtschaft erfordert, zur Disziplin und Solidarität, ja auch zum Verzicht bereit sein.

Was für den Unternehmer richtig ist, gilt in der Referendumsdemokratie sinngemäß auch für den Arbeiter und den Angestellten. Und es gilt ebenso für die Hausfrau. Je mehr wir uns an der Politik desinteressieren und uns, ängstlich oder aus Bequemlichkeit, von ihr fernhalten und je einseitiger wir uns beeinflussen lassen, desto mehr leisten wir der irreführenden Schlagwortpolitik Vorschub, aus der einige Mächtige buchstäblich Kapital schlagen. Wir begünstigen dadurch das Überhandnehmen des Staates in alle Lebensbereiche. Unsere freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung steht und fällt mit der Selbstverantwortung und der Mitarbeit jedes einzelnen auch in der Wirtschaftspolitik. Deshalb gehört nicht weniger, sondern mehr Politik in die Wirtschaft. Die freiheitliche Welt leidet ja nicht am Denken in der Politik, sondern am Nachschwätzen von Schlagworten. 

Auflösung des Kreuzworträtsels von S. 37

Der Mundartdichter: Kurt Marti

Waagrecht: 1) Suezkanal, 8) Grat, 11) Rendite, 12) Rabe, 14) liederlich, 15) Zeile, 16) Lehar, 17) Brieggi, 20) cent, 21) Un, 22) Er, 23) Re, 24) Ren, 25) Laufsteg, 29) Graveur, 31) ton, 32) Ja, 33) Irland, 36) Lektion, 39) Saal, 41) sa, 42) NASA, 43) SOS, 44) Brett, 45) DB, 46) Ursula, 47) ein, 48) at, 49) roi, 50) rue, 52) Na, 53) spinnen.

Senkrecht: 1) Salzburg, 2) Er, 3) Zelle, 4) Kniegelenk, 5) Ade, 6) nidsi, 7) Atem, 8) Griechenland, 9) Rache, 10) Abhang, 13) Berner, 18) Grau, 19) destination, 26) urbi, 27) Tor, 28) Radfahrer, 30) viel, 34) Araber, 35) Asuan, 36) lass, 37) Tarasp, 38) Ostern, 40) Aorta, 44) BL, 51) Ur.